Beigeordneter Krismann verweist auf die allen Ausschussmitgliedern vorliegende Beratungs- und Beschlussvorlage und gibt zunächst einen aktuellen Überblick über die Haushaltsentwicklung. Er stellt zusammenfassend fest, dass der Haushalt trotz einiger nicht unerheblicher Veränderungen insgesamt ausgeglichen bleibt und auch die Fortschreibung der Finanzplanung zeige, dass die Fehlbeträge aus Vorjahren abgedeckt und der Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage bis 2003 angesammelt werden könne und somit der Haushaltsausgleich nachhaltig gesichert ist.

Der Ausgleich des Haushaltes 2002 sei letztlich jedoch nur möglich, weil eine Erstattung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes in Höhe von 330.000 € aus der Veranlagung zu Hausmüll, Sperrmüll und Biomüll im Jahre 1996 als Folge einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Köln bereits in den Plandaten berücksichtigt worden sei. Mit der Erstattung werde in 2002 gerechnet.

Nachfolgend erläutert Beig. Krismann einige Positionen der Veränderungslisten und beantwortet Anfragen der Ausschussmitglieder.

Bürgermeister Noss weist auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2002 für die nächste Ratssitzung betr. der Erstattung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes aus der Veranlagung zu Hausmüll, Sperrmüll und Biomüll im Jahre 1996 hin und schlägt vor, diesen bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen des Haupt- und Finanzausschusses mit zu behandeln.

Danach beantragt die SPD-Fraktion, die Gebührenrückerstattung aus dem Jahre 1996 nicht als allgemeine Deckungsmittel im Haushalt zu veranschlagen, sondern an den Bürger/Gebührentzahler zurückzugeben.

Nach einer eingehenden Diskussion, in der die Verwaltung insbesondere zu den rechtlichen und rein praktischen Problemen bei einer Rückerstattung Stellung nimmt, beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, den Antrag der SPD-Fraktion dem Rat zu empfehlen, die Gebühren an den Bürger/Gebührentzahler zurückzuerstatten, abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: 4 Jastimmen, 8 Neinstimmen

Die Verwaltung weist ergänzend darauf hin, dass eine Rückerstattung zu einem nicht ausgeglichen Haushalt und somit auch zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) mit allen negativen Begleiterscheinungen, ggf. auch Steuererhöhungen, führe.

Nachfolgend empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat beschließt die dem Protokoll als Anlage beigefügten Veränderungslisten zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt.

Abstimmungsergebnis: 8 Jastimmen, 4 Neinstimmen

2. Der Rat beschließt, die dem Protokoll als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2002 gem. § 79 Abs. 4 GO NW.

Abstimmungsergebnis: 8 Jastimmen, 4 Neinstimmen

3. Unter Berücksichtigung der Einzelveränderungen (s. Anlage zum Protokoll) beschließt der Rat das vorliegende Investitionsprogramm gem. § 83 Abs. 5 GO NW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Rat beschließt, etwaige Haushaltsverbesserungen vordringlich zur Ansammlung des Mindestbestandes der Allgemeine Rücklage zu verwenden. Dadurch erforderliche Haushaltsüberschreitungen werden gem. § 82 Abs. 1 S. 3 GO NW genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die vorliegenden Einzelveranschlagungen der Schulpauschalen für die jeweiligen Schulen aufgrund einer Rechtsänderung nunmehr insgesamt im Einzelplan 9 in einer Summe veranschlagt werden. Dies werde bei den Protokollanlagen entsprechend berücksichtigt.